

In welchem Deutschland willst Du leben?

Positionspapier des Kölner Spendenkonvoi e.V.'s

Jeden Tag werden humanitäre Katastrophen an den Grenzen von Europa herbeigeführt. Diese Katastrophen gibt es, weil Europa sich abschottet und Menschen, die Schutz suchen, abweist. Es ist jetzt wichtiger denn je, dass wir für die Rechte dieser Menschen eintreten und uns fragen: In welchem Europa willst du leben? Und welche Rolle übernimmt hier Deutschland?

Unser Verein setzt sich für Menschen ein, die an den europäischen Grenzen Schutz suchen. Wir beobachten mit großer Sorge, wie derzeit in Deutschland und Europa über dieses Thema gesprochen wird. Fast alle Parteien fordern mehr Abschiebungen und strengere Grenzkontrollen – und das passiert auch. Migration wird oft als Gefahr dargestellt. Menschen, die Schutz suchen, werden wie Kriminelle behandelt, als Opfer dargestellt und **als mögliche Terrorist*innen abgestempelt**.

Die jüngsten Entwicklungen im Deutschen Bundestag sind ein alarmierendes Zeichen dafür, wie sehr sich die politische Landschaft verschoben hat. Die CDU hat mit Unterstützung der AfD einen Antrag zur Verschärfung der Asylpolitik eingebracht und verabschiedet. Diese Zusammenarbeit mit einer rechtsextremen Partei stellt einen Tabubruch dar, der demokratische Grundwerte gefährdet. Während noch vor wenigen Monaten breite Proteste gegen migrationsfeindliche Politik stattfanden, wird sie nun durchgesetzt. Dies zeigt, wie sich rechtsextreme Narrative zunehmend im politischen Mainstream verankern.

Wir verurteilen islamistische und menschenfeindliche Angriffe aufs Schärfste. Gerade darum lehnen wir es ab, auf die Gefahr des Terrorismus **mit rassistischen, polulistischen und schlicht unwirksamen Maßnahmen** zu reagieren, die vor allem Menschen bestrafen, die selbst Schutz vor Islamisten suchen oder gar schon seit Generationen in Deutschland leben.

Eine harte Politik gegen Migration bringt Menschen nur dazu, illegal zu handeln. Diese Politik macht es schwerer, Schutzsuchende in die Gesellschaft einzubinden und sie zu unterstützen. Außerdem schafft diese Art von Sprache Feindseligkeit gegenüber Menschen. Sie beeinflusst, wie die Öffentlichkeit denkt und führt zu politischen Entscheidungen, die das Leid der Schutzsuchenden in Europa und an den Grenzen verschlimmern.

Wir fordern daher **alle demokratischen Kräfte** auf, sich klar **gegen eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien zu positionieren** und sich für eine humane und solidarische Migrationspolitik einzusetzen. Die Entwicklungen im Bundestag zeigen, dass es jetzt dringender denn je ist, für eine offene Gesellschaft einzutreten.

Seit Jahren kämpfen wir dafür, dass das illegale Abschieben und die übermäßige staatliche Gewalt an den Grenzen Europas aufhören. Mit größtem Entsetzen mussten wir letztes Jahr sehen, wie durch die Reform des **Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)** dieses unmenschliche Vorgehen nicht nur erlaubt, sondern als Vorlage für alle europäischen Grenzen festgelegt wurde. Die täglichen Menschenrechtsverletzungen, die wir an diesen Grenzen seit Jahren kritisieren, werden nun zur offiziellen Politik. Das ist ein alarmierendes Zeichen für die Zukunft der europäischen Migrationspolitik.

In Deutschland werden diese „Reformen“ gerade in nationales Recht umgesetzt – mit absurden und politisch motivierten Gesetzen. Anstatt klar gegen diese Entwicklung Stellung zu beziehen, übernehmen die Regierungsparteien die Argumente der Rechten. Sie sprechen von einem „Kontrollverlust“ und wollen diesen durch härtere Strafen bekämpfen. Diese Symbolpolitik wird den wachsenden Rechtspopulismus in Deutschland und der EU nicht stoppen. Im Gegenteil: Sie öffnet die Tür für rechtes Gedankengut und immer extremere Ideen, um das Leben von Schutzsuchenden in und um Europa weiter einzuschränken.

Das neue **Rückführungsverbesserungsgesetz** und die schnelleren Asylverfahren nehmen Menschen, die Schutz suchen, viele ihrer Rechte. Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam sollen ihren Aufenthalt in Deutschland so schwer wie möglich machen. Die Einführung von speziellen Geldkarten für Asylsuchende verstärkt die Ausgrenzung und Erniedrigung dieser Menschen. Diese Menschen können nicht selbst über ihr Leben entscheiden. Statt Würde und Freiheit erhalten sie nur das Allernötigste.

Auch die **Zurückweisungen** an den deutschen Grenzen schränken die Rechte von Schutzsuchenden weiter ein. Die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern, wie zuletzt das Migrationsabkommen mit Kenia, verfolgt das Ziel, Menschen in andere Länder zurückzuschicken. Dort sind ihre Rechte oft nicht sicher. Der Gedanke, Asylverfahren ganz an **unbeteiligte Länder** auszulagern, zeigt den Höhepunkt dieser menschenverachtenden Migrationspolitik. Dies verstößt nicht nur klar gegen die Genfer Flüchtlingskonvention – es zeigt auch, dass die deutsche und europäische Politik Migration einfach nur weit weg halten möchte, egal welche schlimmen Folgen das für die betroffenen Menschen hat.

Solche Maßnahmen lösen die echten Probleme nicht. Wie soll die Kriminalität der Schleuser*innen, die Flüchtende heimlich über die Menschen bringen, bekämpft werden, wenn es keine **legalen und sicheren Alternativen** gibt? Wie sollen Schutzsuchende überhaupt in die EU gelangen, wenn die Länder an den Außengrenzen **überlastet** sind und Menschen mit Schlagstöcken und bloßen Fäusten zurückgedrängt werden? Und wie soll die geplante Inhaftierung von Flüchtenden an den Außengrenzen die Lage verbessern?

Die letzten Jahre haben klar gezeigt, dass die menschlichen Kosten dieser Politik, die Europa vom Rest der Welt abschottet, viel größer sind als der Nutzen. Die Frage, wie man mit den steigenden Migrationsbewegungen umgeht, kann nicht durch geschlossene Grenzen und noch härtere Maßnahmen beantwortet werden. Diese Politik verschärft das Leid der Menschen und führt zu einer **Welt des Grauens** vor den verschlossenen Toren Europas.



An den europäischen Außengrenzen haben wir die Menschen getroffen, die direkt unter dieser harten Abschottungspolitik leiden. Wir wissen, wie katastrophal die menschlichen Kosten dieser Politik sind. **Mehr Abschottung und strenge Kontrollen führen nicht dazu, dass weniger nicht zu weniger Zuwanderung!**

Stattdessen ändern sich die Wege, die Menschen nehmen, und die Reise wird für die Flüchtenden immer gefährlicher. Durch diese Maßnahmen geraten Schutzsuchende oft in die Hände Schwerkrimineller und Menschenhändler*innen. Ein Beispiel dafür sehen wir im Nordosten Serbiens. Hier werden Schutzsuchende von kriminellen Schleusergruppen ausgenutzt. Diese Gruppen kämpfen mit Waffen um die Kontrolle über ihre Gebiete. Die serbischen Behörden reagieren darauf mit starker Gewalt, die oft auch Schutzsuchende trifft, die hier festsitzen und darauf hoffen, irgendwann weiterziehen zu können. Und trotz all dieser Gefahren lassen sich Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Armut fliehen, nicht davon abschrecken. Sie werden weiterhin versuchen, Europa zu erreichen, weil sie einen sicheren Ort suchen.

Es ist schockierend und beschämend, dass sich an diesen menschlichen Katastrophen an den Außengrenzen Europas seit so vielen Jahren nichts geändert hat. Seit 2014 sind mehr als 30.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken – das Mittelmeer ist die **tödlichste Migrationsroute der Welt**. Es ist absurd und heuchlerisch, dass Europa trotz dieser vielen Todesopfer weiterhin auf Abschreckung setzt. Auch im Ärmelkanal sterben immer mehr Menschen auf dem Weg von Frankreich nach England. Statt sichere Wege zu schaffen, reagieren Großbritannien und Frankreich mit neuen Anti-Terror-Gesetzen, die ihnen mehr Möglichkeiten zur Gewaltanwendung geben.

Auch auf der Balkanroute sterben Menschen. Sie erfrieren Menschen im Schnee, ertrinken in Flüssen, verhungern oder verdursten. Tausende Menschen, die versuchen, die Grenzen zu erreichen, sterben und werden als namenlose Tote in den Wäldern vergraben. Und währenddessen wird in Brüssel und Berlin darüber diskutiert, diese harten Maßnahmen noch weiter zu verschärfen. Das macht uns fassungslos.

Deshalb ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe: **Werdet laut**, übernehmt Verantwortung und verteidigt unsere europäischen Werte! Denkt an die vielen Hunderttausenden, die schon dieses Jahr auf die Straße gegangen sind. Diese Verschärfungen der Migrationspolitik sind Scheinlösungen. Sie werden die Probleme der Migration nicht lösen. Stattdessen verraten wir unsere grundlegenden Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Vielfalt.

Wir fordern eine **grundlegende Veränderung** der deutschen und europäischen Migrationspolitik, die sich an den Menschenrechten orientiert. Die Politik der Abschottung muss aufhören. Stattdessen brauchen wir **sichere** und **legale** Wege für Menschen auf der Flucht und ein Asylsystem, das den Schutz und die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Wir wollen eine Asylpolitik, die auf Fakten basiert und Menschenrechte achtet. Diese Politik soll den Ländern an den Grenzen der EU helfen. Das wäre ein starkes und längst überfälliges Zeichen für ein **solidarisches Europa** und gegen den wachsenden Rechtspopulismus.

